



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 19. September 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

43. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 18. September 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Finanzministerin über den **Umgang mit dem Erlass von Steuern**, Antrag der Abg. Petra Nicolaisen, [Umdruck 18/1740](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Darüber hinaus ließ er sich durch den Wirtschaftsminister, die Justizministerin und den Innenminister über die **Auswirkungen des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs - GRfW - auf die Staatsanwaltschaften und die Polizeibehörden im Land Schleswig-Holstein zur Umsetzbarkeit des Gesetzes**, Antrag der Abg. Petra Nicolaisen, [Umdruck 18/1741](#), informieren. Auch hieran schloss sich eine Aussprache an.

Nach einer kurzen Beratung kamen die Ausschussmitglieder überein, vor dem Hintergrund der Ankündigung eines Änderungsantrags der Fraktion der FDP ihre weiteren Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP, **Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen**, [Drucksache 18/599](#), zurückzustellen.

Der Ausschuss beschloss, zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**, [Drucksache 18/899](#), und zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern**, [Drucksache 18/1049](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen innerhalb von zwei Wochen gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses benannt werden.

Die Ausschussmitglieder nahmen außerdem einen Bericht der Landesregierung über die **Handhabung des Feiertagsschutzes im Fall des Osterfeuers der Landjugend in Looft**, Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer, [Umdruck 18/1718](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Vor dem Hintergrund der Ankündigung der Fraktionen zu versuchen, noch einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, wurde auch die weitere Beratung und abschließende Beschlussfassung zu dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften**, [Drucksache 18/224](#), zurückgestellt.

Zum Antrag der Fraktionen von PIRATEN und CDU, **Anonyme Spurensicherung ermöglichen**, [Drucksache 18/605](#) (neu), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Regierungskoalition, [Drucksache 18/664](#), schloss sich der Ausschuss dem vorgeschlagenen Verfahren des federführenden Sozialausschusses an, am Donnerstag, dem 24. Oktober 2013, 13 Uhr, eine gemeinsame mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführerin des Sozialausschusses bis zum 27. September 2013 zu benennen.

Mehrheitlich beschloss der Ausschuss, den Punkt „**Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Wahlrechts behinderter Menschen**“, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/607](#), von der Tagesordnung abzusetzen.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder